

„Halbe Sachen sind nicht mein Ding“

Interview

Johannes Remmel, Umwelt- und Klimaminister in Nordrhein-Westfalen, zu den unerledigten Aufgaben in Berlin und im eigenen Land.

Interview: Hanne May

neue energie: Die Bundesregierung hat mit den CDU-regierten Bundesländern den Schulterschluss in Sachen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gesucht, um die Einwände auf Länderebene zu entkräften. Gab es auch Gespräche mit Ihnen?

Johannes Remmel: Nein, bislang nicht. Diese ganze Sonnenfinsternis ist ja ohnehin eine autistische Sicht dieser Regierung. Es gab intern Druck, und Herr Rösler hat sich durchgesetzt. Wir halten die Vorschläge für falsch und würden gerne alle davon überzeugen, sie nicht umzusetzen.

ne: Was heißt das konkret?

Remmel: Wir bereiten einen Entschließungsantrag vor, den wir am 30. März im Bundesrat stellen werden. Der ist auf Seiten der von SPD und Grünen regierten Länder abgeglichen. Wir würden natürlich gerne das eine oder andere CDU-regierte Land dafür gewinnen. Zusammen mit Baden-Württemberg versuchen wir von Nordrhein-Westfalen aus gerade, mit diesen Ländern ins Gespräch zu kommen und das im Bundesrat zusammenzuführen. Wir sind bei unseren Vorschlägen offen, können noch viele regeln.

ne: Auf welche Kernforderungen haben sich die Länder bislang verständigt?

Remmel: Zum einen sind es formale Rahmenbedingungen. Es geht nicht an, das EEG per Verordnungsermächtigung an Parlament und Bundesrat vorbei zu regeln. Zum anderen gibt es inhaltliche Bedenken. Die Zeitschiene stimmt nicht. Wir wären bereit, über eine weitere Vergütungsanpassung zu reden, aber dann in einer gewissen Kontinuität. Also: Wir wollen nicht alle sechs Monate eine neue Diskussion führen. Photovoltaik ist eine Erfolgsgeschichte. Diese jetzt kurz vor dem Gipfel abubrechen, halte ich für völlig verfehlt. Sie wissen ja selbst,

welchen Weg die Solarbranche in Deutschland zurückgelegt hat. Wir waren einmal bei 99 Pfennig je Kilowattstunde, sind nun in Sichtweite von 20 Cent und drunter. Damit ist der Strom vom Dach preiswerter als aus der Steckdose vom Stromversorger. Das ist genau das, was wir wollen. Ich halte es für falsch, dass es mit den Vorschlägen der Bundesregierung faktisch zu einer Deckelung kommt. Das passt überhaupt nicht zusammen mit den Szenarien, die die Bundesregierung im Rahmen ihres Energiekonzepts aufgelegt hat.

ne: Welche Rolle kann NRW in diesem Prozess übernehmen? Sie müssten jetzt doch primär mit Wahlkampf beschäftigt sein.

Remmel: Wir sind als Regierung voll handlungsfähig. Es ist unsere vornehmste Aufgabe, die Energiewende zu beschleunigen. Ich hoffe, dass es uns gelingt noch eine Einigung mit der Bundesregierung zu erreichen. Wenn nicht, könnten wir am 11. Mai den Vermittlungsausschuss anrufen. Da befinden sich derzeit ja einige Themen, zum Beispiel das CCS-Gesetz und die Gebäudesanierung.

ne: Wie sieht es in NRW selbst aus? Ihr Programm ist höchstens halb umgesetzt, und jetzt stehen Neuwahlen an. Wie geht es etwa mit dem Klimaschutzgesetz weiter, bei dem Sie im Oktober vorigen Jahres einen Entwurf vorgelegt haben?

Remmel: Dieses Gesetz müsste in einem neuen Landtag neu eingebracht und beraten werden. Wir haben mit unserem Entwurf bundesweit Signale gesetzt. Aber das Klimaschutzgesetz stellt eher einen Rahmen dar, als nächstes muss ein Klimaschutzplan entworfen werden, zusammen mit allen Beteiligten. Dazu hat es schon eine Auftaktveranstaltung gegeben, und ich hoffe, dass wir da nach der Wahl weitermachen. Erst muss natürlich das Gesetz verabschiedet werden,

aber gut ein halbes Jahr später sollte auch der Klimaschutzplan stehen.

ne: Nach Ihrer ursprünglichen Planung wollten Sie das Gesetz längst in trockenen Tüchern haben...

Remmel: ... ja, wir haben positiv aufgegriffen, dass es hier intensive Diskussionen braucht. Wir beschreiten schließlich rechtliches Neuland. Und es ist, wie schon gesagt, ein Rahmengesetz, ähnlich vielen Regelungen auf europäischer Ebene. Da gibt es Gestaltungsspielräume. Konkret steht aber schon fest, dass Kommunen sich eigene Konzepte geben sollen und wir die Landesverwaltung CO₂-neutral gestalten.

ne: In Kürze liegen die ersten Ergebnisse Ihrer Potenzialstudie zu erneuerbaren Energien vor. Worum geht es da?

Remmel: In erster Linie wollen wir damit die Möglichkeiten aufzeigen. Bei Windenergie sind zum Beispiel die Erträge flächenscharf in den relevanten Höhen ermittelt worden.

ne: Dann wissen Sie ja bald, welche Ausbaupotenziale NRW bei Erneuerbaren hat. Was soll aus diesen Erkenntnissen folgen?

Remmel: Wir haben ja bereits neue Ziele definiert. Bei Windenergie wollen wir 2020 auf einen Anteil von 15 Prozent am landesweiten Strombedarf kommen, derzeit sind es erst knapp vier. Dazu ist im vorigen Jahr ein neuer Windenergieerlass auf den Weg gebracht worden. Das begleiten wir mit einem Leitfaden „Wind im Wald“; der wird in den nächsten Tagen veröffentlicht. Aber ohne bundespolitische Rahmensetzung werden wir bei einer beschleunigten Energiewende nicht auskommen. Das betrifft etwa die Gebäudesanierung und das KWK-Gesetz, oder das Thema Energiesparen und Energieeffizienz. Dabei geht es für mich auch um die Frage, ob wir hier ähnliche Instrumente wie



Johannes Rimmel

ist seit Juli 2010 Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen. Zuvor war der 49-Jährige zehn Jahre parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Fraktion im Landtag.

das EEG brauchen. Leider passiert in allen diesen Bereichen bislang gar nichts.

ne: Beim Thema Speicher sind Sie selbst gefragt. Das Bundesland Thüringen hat gerade einen Atlas zu Speicherpotenzialen veröffentlicht. Was tut sich in NRW?

Rimmel: Wir sind da schon ein Stück weiter. Aktuell gibt es drei Baustellen. Unternehmen wie Trianel oder auch manche Stadtwerke haben konkrete Investitionsvorhaben. Die wollen wir unterstützen. Außerdem sind wir im Dialog mit den Wasserverbänden. Sie untersuchen die Potenziale für Speicherung an großen Talsperren, vor allem im Sauerland, in der Eifel oder im Bergischen Land. Die ersten Hinweise sind da viel versprechend. Die dritte Baustelle: In einem gemeinsamen Gutachten der Uni Duisburg-Essen und der RAG wird die so genannte Unterflurspeicherung untersucht. Für die Talsperren erwarte ich noch im ersten Halbjahr 2012 die Ergebnisse.

ne: Was sind die vorrangigen Aufgaben bei Energie- und Klimapolitik für die kommende Legislatur?

Rimmel: Halbe Sachen sind nicht mein Ding. Wir müssen das Klimaschutzgesetz zu Ende bringen, den Klimaschutzplan aufsetzen. Dabei müssen alle Gesetze und Verordnungen durchgescannt werden, nach dem Kriterium: Wo ist noch was zu tun? Denn wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, dass die beschleunigte Energiewende auch stattfindet.

ne: Welche Folgen wird das für den großen fossilen Kraftwerkspark in NRW haben?

Rimmel: Gesetzliche Klimasziele bieten den Kraftwerksbetreibern Planungssicherheit für ihre Investitionsentscheidungen. Erwarten Sie aber bitte nicht, dass wir deren Kraftwerkspark managen.

ne: Das ist wohl nicht Ihre Aufgabe. Aber wie wollen Sie die vorsehbaren Konflikte mit den Anlagenbetreibern lösen, die ihre Kraftwerke – wie gerade bei Eon per Gerichtsurteil verhindert – so lange wie möglich betreiben wollen?

Rimmel: Die Betreiber müssen sich entscheiden, ihre Anlagen entweder nachzurüsten oder still zu legen. Das passiert teilweise viel zu spät. Im Übrigen haben wir ja

einige neue Gaskraftwerksprojekte in NRW, in Köln, Hürth und Düsseldorf. Wer immer behauptet, in NRW passiere nichts, der liegt falsch. Die entscheidende Frage ist: Was geschieht von 2020 bis 2035? Da sehe ich keine Notwendigkeit, weitere fossile Kraftwerke in NRW zu bauen.

ne: Themenwechsel – seit Monaten streiten sich Bund und Länder um das Thema Gebäudesanierung und die entsprechende gesetzliche Regelung. Nun hat die Bundeskanzlerin gesagt, dieses Thema liege in der Verantwortung der Länder.

Rimmel: Also, ich frage mich, wer die beschleunigte Energiewende ausgerufen und wer die Mittel bei der KfW-Bank gekürzt hat. Ich glaube, das war in beiden Fällen die Bundesregierung. Man kann nicht nur den Atomausstieg beschließen und dann nicht die notwendigen Konsequenzen ziehen. Die Steuergesetzgebung dieser schwarz-gelben Bundesregierung hat NRW mehr als eine Milliarde Euro Steuerausfälle beschert, etwa durch die Hotelsteuerbefreiung. Das sind beträchtliche Mittel, die im Landeshaushalt fehlen. Dennoch: Wir wären beim Thema Gebäudesanierung kompromissbereit. Der Steuerabzug von der Progression ist nicht ganz gerecht. Davon profitieren diejenigen, die am meisten verdienen. Deshalb sollte die Steuerschuld als Basis dienen und die Summe begrenzt werden. Gleichzeitig müssen die KfW-Mittel steigen. Und wir sollten die Kommunen außen vor lassen, Bund und Länder müssen das gemeinsam schultern. Denn gerade hier in NRW haben wir finanziell sehr belastete Kommunen.

ne: Haben Sie noch Hoffnung auf eine Einigung vor dem Wahltermin?

Rimmel: Ja, natürlich. Dazu muss sich die Bundesregierung aber bewegen. Wir sind bereit.